

**Am 18. Mai 2010 beschlossene Neu-Satzung
für den Förderverein „Jazzclub im Stellwerk“**

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen
Förderverein Jazzclub im Stellwerk
und führt er den Zusatz „e.V.“

Der Verein hat seinen Sitz:
c/o Heiko Langanke
Nartenstr. 19
21 079 Hamburg

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Der Zweck des Vereins

Zweck ist die Förderung von Musikveranstaltungen in Hamburg der Richtungen Jazz, jazzverwandte und experimentelle Musik und insbesondere des Nachwuchses.
Der Satzungszweck soll vor allem durch folgende Maßnahmen verwirklicht werden:
Betreiben eines unabhängigen Jazzclubs durch Organisation & Durchführung von Musikveranstaltungen und anderen angrenzenden Kulturveranstaltungen aus den Bereichen Theater, Kino, Tanz, Lesungen oder Malerei.

Der Verein ist dabei selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, sondern ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Verein darf eine natürliche oder juristische Person nicht durch vereinszweckfremde oder unverhältnismäßig hohe Unterstützungen, Zuwendungen oder Vergütungen begünstigen.

Bei Auflösung des Vereines oder Wegfall seines Zweckes darf das Vermögen des Vereines nur einer steuerbegünstigten Einrichtung (vorrangig dem Clubkombinat Hamburg e.V., Abtlg. Jazzclubs, Sternstr. 4, 20 357 Hamburg) zur Verfügung gestellt werden. Daran ist die Auflage geknüpft, das Vermögen unmittelbar für die in diesem § benannten Zwecke zu verwenden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die vorhandenen Mittel unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

Der Verein besteht aus aktiven wie fördernden Mitgliedern. Aktive Mitglieder sind die im Verein direkt mitarbeitenden Mitglieder. Sie haben volle Rechte und Pflichten.

Fördermitglieder unterstützen den Verein, besitzen aber kein Stimmrecht. Bei Eintritt in den Verein ist anzugeben, ob eine fördernde oder aktive Mitgliedschaft erwünscht ist.

Mitglied des Vereines kann jede volljährige Person werden. Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Der Antrag soll den Namen, das Alter, den Beruf und die Anschrift des Antragsstellers beinhalten.

Gegen den ablehnenden Bescheid des Vorstandes, der mit Gründen zu versehen ist, kann der Antragsteller Beschwerde erheben. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zugang des ablehnenden Bescheides schriftlich beim Vorstand einzureichen. Über die Beschwerde entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet,

- a) mit dem Tod des Mitgliedes,
- b) durch freiwilligen Austritt,
- c) Streichung von der Mitgliederliste,
- d) Durch den Ausschluss aus dem Verein.

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.

Ein Mitglied kann durch den Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnbescheides drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung der Mitgliedschaft ist dem Mitglied mitzuteilen.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen zuwider handelt oder grob verstößt, durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche

Stellungnahme des Betroffenen ist in der Vorstandssitzung zu verlesen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels Einschreiben bekannt zu geben.

Gegen den Ausschließungsbeschluss des Vorstandes steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung. Die Berufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Berufung einzuberufen. Geschieht das nicht, gilt der Ausschließungsbeschluss nicht erlassen.

Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.

§ 5 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und die dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 6 Organe des Vereines

sind

- e) der Vorstand
- f) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand des Vereines

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt und besteht aus zwei bis fünf Mitgliedern im Sinne des §26 BGB. Der Vorstand wählt einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden

§ 8 Die Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand ist für die Angelegenheiten des Vereines zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

Er hat vor allem folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung
- b) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- c) Aufstellen des Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr
- d) Abschluss und Kündigung von Arbeits- & Kooperationsverträgen
- e) Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern

§ 9 Amtsdauer des Vorstandes

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit aus, wählt der Vorstand aus seiner Mitte ein Mitglied für die ausgeübte Funktion. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder.

§ 10 Beschlussfassung des Vorstandes

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom 1.- Vorsitzenden oder dem 2. Vorsitzenden einberufen werden.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der 1. oder 2. Vorsitzende, anwesend ist.

Zur Beschlussfassung reicht die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen.

Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege erfolgen, wenn alle gewählten Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zur beschließenden Regelung geben.

§ 11 Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme.

Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen.

Ein Mitglied darf nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.

Die Mitgliederversammlung bestimmt folgende Aufgaben:

- a) Genehmigung des Haushaltsplanes für das kommende Geschäftsjahr; Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes; Entlastung des Vorstandes;
- b) Festsetzung der Höhe und Fälligkeit des Jahresbeitrages;
- c) Wahl und Abberufung des Vorstandes;
- d) Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereines;

§ 12 Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr, möglichst im letzten Quartal soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden.

Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen und unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen.

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannte gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 13 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom 2. Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Sitzungsleiter.

Der Protokollführer wird von der Versammlung bestimmt. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich, es sei denn es wird eigens bestimmt.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig. Sie fasst Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Zur Änderung der Vereinssatzung jedoch ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich, ebenso zur Auflösung des Vereines.

§14 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereines es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 11, 12 und 13 entsprechend.

§ 15 Auflösung des Vereines und Anfallberechtigung

Die Auflösung des Vereines kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der im § 13 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts

anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder er seine Rechtsfähigkeit verliert.

§ 16 Ehrenmitgliedschaft, Ehrenpräsidentschaft

Auf Vorschlag des Vorstandes oder einzelner Mitglieder können Personen, die sich um den Verein oder sich um Ziele des Vereins verdient gemacht haben, von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Nach Annahme der Ernennung haben Ehrenmitglieder alle Rechte eines ordentlichen Mitglieds.

Der Verein kann bis zu zwei gleichrangige Ehrenpräsidenten haben. Die Ehrenpräsidentschaft ist institutionell. Ein Ehrenpräsident kann durch die Mitgliederversammlung auf Zeit ernannt werden. Beide Ehrenpräsidenten können, müssen jedoch nicht ordentliche Mitglieder sein. Sie haben jedoch in der Mitgliederversammlung (Hauptversammlung) und in den Vorstandssitzungen ein Anwesenheits-, jedoch kein Stimmrecht.

Die vorstehende Satzung wurde in der Jahreshauptversammlung vom 18. Mai 2010 verabschiedet.